

Wasser ist das wichtigste Lebensmittel und keine Handelsware wie jede andere. Wir lehnen die Liberalisierung der Wasserversorgung ab. Daher werden wir die Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Wasserwirtschaft und den Schutz des Grundwassers verbessern. Mit Ländern, Kommunen, Unternehmen und Verbänden entwickeln wir eine Strategie zur Modernisierung der Wasserwirtschaft im internationalen Wettbewerb entwickeln.

- **Moderne Landwirtschaft**

Mit der Einrichtung des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft haben wir einen politischen Neuanfang in der Verbraucher- und Landwirtschaftspolitik gemacht. Die Zuständigkeiten für den Verbraucherschutz wurden gebündelt, die Kontrolle verbessert und Verbraucherschutz als eigenständige politische Aufgabe etabliert.

Wir wollen eine Neuausrichtung auf eine verbraucherorientierte, tierschutzgerechte, umweltgerechte und wettbewerbsfähige Landwirtschaft. Wir wollen diese große Gemeinschaftsanstrengung in den nächsten 10 Jahren bewältigen.

Die europäische Landwirtschaftspolitik muss nach 3 Jahrzehnten schwerpunktmäßiger Produktionsorientierung an die veränderten Bedingungen und die veränderten Verbraucherbedürfnisse angepasst werden.

Die Herausforderung der EU-Osterweiterung und die bevorstehenden WTO-Verhandlungen machen ebenfalls eine Neuordnung der EU-Agrarpolitik erforderlich. Hier wird es entscheidend sein, klare Regelungen für ein hohes Niveau im gesundheitlichen Verbraucherschutz sowie im Umwelt- und Tierschutz gemeinschaftsweit festzuschreiben. Dies sichert die Wettbewerbsfähigkeit unserer Land- und Ernährungswirtschaft und gewährleistet den Verbraucherschutz auf hohem einheitlichem Niveau. Der Einsatz von Steuermitteln zur Entwicklung einer nachhaltig wirtschaftenden Landwirtschaft muss nach unseren Vorstellungen daher neu geordnet werden.

Wir werden in Deutschland ab 2003 von der Möglichkeit Gebrauch machen, in begrenztem Umfang produktbezogene Ausgleichszahlungen zurückzuführen und diese Mittel für Programme der ländlichen Entwicklung bereitzustellen.

Die Landwirte sind nicht nur Produzenten von Nahrungsmitteln und Rohstoffen. Sie haben auch eine zentrale Aufgabe bei der Gestaltung des ländlichen Raumes. Diese Leistungen für die Allgemeinheit wie der Erhalt von Natur, der Kulturlandschaften für den Gewässer-, Boden- und Klimaschutz müssen angemessen bezahlt werden. Besondere Anstrengungen werden wir auch dort unternehmen, wo landwirtschaftliche Betriebe die von ihnen erzeugten Produkte regional verarbeiten und vermarkten. Sie müssen zusätzliche Einkommensquellen erschließen können. Hier spielt auch der Agrartourismus eine wesentliche Rolle.

Bezüglich der speziellen Probleme in den neuen Bundesländern werden wir die Altschuldenproblematik angehen. Sie gehört zu den letzten gravierenden Problemen der deutschen Wiedervereinigung im Agrarbereich. Wir wollen daher Möglichkeiten

eröffnen, die zu einer beschleunigten Ablösung der Altschulden führen. Dabei ist eine Orientierung an der jeweiligen Leistungsfähigkeit wichtig.

In der Bodenpolitik haben wir die letzten Hemmnisse beim Flächenerwerb aus dem Weg geräumt und die Pachtzeiträume für BVVG (Bodenverwertungs- und -verwaltungsgesellschaft)-Flächen deutlich erhöht. Land- und Forstwirtschaft leisten einen wichtigen Beitrag für die Wirtschaftskraft ländlich geprägter Räume in unserem Lande.

## **8. Der Osten – ein starkes Stück Deutschland**

### **• Demokratie und Freiheit**

Die Menschen in der DDR haben sich 1989 mit der friedlichen Revolution Demokratie und Freiheit selbst erkämpft. Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten waren Teil der ostdeutschen Bürgerrechts- und Demokratiebewegung. Mit allen, die damals beteiligt waren, sind wir stolz auf dieses Kapitel deutscher Geschichte.

Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Berlin, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Sachsen sind ein starkes Stück Deutschland. Das hat sich auch in den Jahren seit 1989 erwiesen. Es waren vor allem die Menschen in den Ländern und Regionen selbst, die nach der Revolution auch den Aufbau in ihre Hände nahmen, die die Chancen zur Erneuerung ergriffen.

Die Politik der Kohl-Regierung hat in der frühen Phase des Aufbaus durch falsche Regelungen in der Eigentumsfrage, durch allzu kurzatmige Förderung des Baubereiches und damit verbunden auch durch Begünstigung der Spekulation Weichen falsch gestellt.

Es ist das Verdienst der Regierung Schröder, die Prioritäten neu geordnet, die Investitionen erhöht, Wachstumskerne entwickelt, die Regionen in ihrer eigenen Kraft gestärkt und die Realitäten ehrlich benannt zu haben. Der Solidarpakt II ist ein klares Signal für die Solidarität und Identifikation des ganzen Landes und gibt Sicherheit bis 2019.

Die Stärke Ostdeutschlands ist auch Voraussetzung für den Wohlstand in ganz Deutschland, für eine starke Wirtschaft, starke Regionen und gute Lebensperspektiven für den Einzelnen.

### **• Perspektiven für den Osten**

Zur Stärkung der regionalen Entwicklung werden wir uns an folgenden Leitlinien orientieren:

- eine moderne, leistungsfähige Infrastruktur und ein attraktives Lebensumfeld schaffen;
- klare innovative, wirtschaftliche und wissenschaftliche Profile entwickeln;

# Antrag 1 (Beschluss des Parteitags)

## Parteivorstand

### ERNEUERUNG UND ZUSAMMENHALT – WIR IN DEUTSCHLAND

Regierungsprogramm 2002 – 2006

|  |    |
|--|----|
| PRÄAMBEL .....   | 4  |
| POLITIK MUSS NACHHALTIG SEIN .....                             | 9  |
| 1. Deutschlands Rolle in Europa und der Welt.....              | 11 |
| • Verantwortung übernehmen.....                                | 11 |
| • Eine gerechte Weltordnung.....                               | 12 |
| • Deutschland in Europa.....                                   | 14 |
| • Unsere Bundeswehr.....                                       | 17 |
| 2. Wirtschaft und Beschäftigung.....                           | 18 |
| • Wohlstand sichern und steigern.....                          | 18 |
| • Industrie- und Dienstleistungsstandort Deutschland .....     | 19 |
| • Mittelstand stärken .....                                    | 19 |
| • Wissen und Können aktivieren.....                            | 21 |
| • Qualität der Arbeit .....                                    | 21 |
| 3. Solide Finanzen und gerechte Steuern .....                  | 21 |
| • Steuerreform 2003 und 2005 .....                             | 22 |
| • Steuergerechtigkeit und -ehrlichkeit .....                   | 23 |
| 4. Arbeitsmarkt .....  | 24 |
| • Die Weichen sind gestellt.....                               | 24 |
| • Die nächsten Schritte .....                                  | 25 |
| • Reform der Bundesanstalt für Arbeit .....                    | 26 |
| 5. Rechte der Arbeitnehmer .....                               | 26 |
| 6. Bildung und Qualifizierung .....                            | 27 |
| • Von Anfang an .....  | 29 |
| • Mehr Ganztagschulen .....                                    | 29 |
| • Autonomie der Schulen.....                                   | 30 |
| • Ausbildungschancen .....                                     | 30 |
| • Mehr akademische Abschlüsse.....                             | 31 |
| • Wichtige Säule Weiterbildung .....                           | 31 |
| • Stiftung Bildungstest .....                                  | 31 |
| 7. Forschung, Innovation, Nachhaltigkeit .....                 | 32 |
| • Werkstätten der Zukunft.....                                 | 32 |
| • Schlüsseltechnologien für die Märkte von morgen stärken..... | 33 |
| • Nachhaltige Energiepolitik.....                              | 34 |